

LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
185 · Ausgabe CH · November 2019
AZB 3001 Bern



Jetzt Steuerbonus-
Referendum
unterschreiben!

Linksrutsch! Und jetzt?

Analyse, Abschied und Aufbruch. Seiten 4–5 und 13–17

«PULVER GUT» FÜR BENACHTEILIGTE KINDER

Seit seiner Gründung führt das Schweizerische Arbeiterhilfswerk Lager für Kinder aus benachteiligten Familien durch. Jetzt läuft die Anmeldefrist. Seite 18

NEIN ZUM STEUERBONUS FÜR REICHE ELTERN!

Die SP hat das Referendum gegen den unsozialen Steuerbonus ergriffen, von dem besonders Eltern mit einem Einkommen ab 200 000 Franken profitieren. Seiten 6 und 7

Liebe Genossin, lieber Genosse



Ich werde zum Parteitag Anfang April 2020 zurücktreten. Mit Wehmut, aber vor allem mit grosser Zuversicht. Zunächst jedoch möchte ich euch allen danken. Dafür, dass ihr euch mit enormem Einsatz, Herz und Sachverstand für unsere Werte engagiert. Danken möchte ich euch auch dafür, dass ihr mich und das Parteipräsidium stets loyal und zugleich kritisch unterstützt habt. Es war mir eine grosse Freude und Ehre, zwölf Jahre lang die SP Schweiz präsidieren zu dürfen und mit euch allen ein Stück des sozialdemokratischen Weges zu gehen.

Der Linksrutsch ist geschafft. Das war unser oberstes Ziel. Das wird uns eine fortschrittliche Politik ermöglichen. Die Blockadepolitik ist endlich vorbei, und es gibt neue Mehrheiten für Anliegen, die einer Mehrheit der Bevölkerung zugutekommen.

Doch als SP können wir mit dem Resultat nicht zufrieden sein. Der Abschied von Kollegen, die nicht wiedergewählt wurden, schmerzt besonders. Sobald die zweiten Wahlgänge für den Ständerat in allen Kantonen abgeschlossen sind, werden wir uns eingehend und kritisch mit den Wahlergebnissen beschäftigen und diese an der Delegiertenversammlung analysieren.

Zuversichtlich stimmt mich auch, dass die Partei heute in einer guten Verfassung ist. Seit fünf Jahren verzeichnen wir steigende Mitgliederzahlen. Wir sind organisatorisch solide aufgestellt. Und mit der Basiskampagne ist es uns gelungen, eine Bewegung zu initiieren, die die SP in alle Ecken des Landes und in die Haushaltungen bringt.

Mit diesem Schritt möchte ich euch aufrufen, auch künftig geschlossen aufzutreten und unseren Anliegen gemeinsam und selbstbewusst Gehör zu verschaffen. Dabei dürfen, ja müssen, unterschiedliche Ansichten und Meinungen ihren Platz haben. Was uns eint, ist viel bedeutender und grösser als alles, was uns trennt. Wir wissen: Gemeinsam sind wir stark!

In diesem Sinne grüsse ich euch herzlich,

Christian Levrat

INHALT

- 4–5 Linksrutsch!**
Co-Generalsekretär Michael Sorg analysiert das Wahlergebnis.
- 6–7 Kein Steuerbonus für reiche Eltern!**
Ab einem Einkommen von 200 000 Franken profitieren Eltern vom Kinderabzug-Steuerbonus, den die Rechten durchdrückten. Die Rechnung bezahlt der Mittelstand. Dagegen haben wir das Referendum ergriffen.
- 8 Reclaim Democracy**
Jetzt Datum reservieren: Der nächste Kongress findet mit illustrier Besetzung vom 27.–29. Februar statt.
- 9–12 Kantone**
Ausgewählte Seiten aus den kantonalen Splittings.
- 13 Wir stellen eine der Neuen vor: Elisabeth Baume-Schneider**
Wer ist die Neu-Ständerätin, die im Jura mit einem Glanzresultat auf Anhieb in die kleine Kammer gewählt wurde?
- 14–15 Die neue Fraktion auf einen Blick**
Wer setzt sich in der kommenden Legislatur für die Ziele der Sozialdemokratie ein?
- 16–17 Aufbruch und Abschied**
19 Mitglieder des National- und Ständerats werden in der Wintersession nicht mehr dabei sein. Adieu!
- 18 SAH-Skilager für Kinder**
Wie Kinder aus benachteiligten Familien lernen, die Hänge runterzusteppen.
- 19 Agenda**
Die wichtigsten Termine.



Verdingbub während
des Besuchs des
Armeninspektors,
Kanton Bern, 1940.

Verdingkinder, zwei Mal geprellt

Verdingkinder und administrativ Versorgte wurden um ihre Kindheit geprellt, vielfach um ein gutes Leben überhaupt. Ihnen wurde von Behörden, Verwaltung und Institutionen schweres Unrecht zugefügt. Darunter leiden viele heute noch. Deshalb erhielten sie eine verdiente materielle Wiedergutmachung von 25 000 Franken – sofern sie sich rechtzeitig gemeldet hatten. 9 000 Anträge gingen ein.

Über diesen Solidaritätsbeitrag sollen die Betroffenen frei verfügen können, und er soll

auch nicht an andere Leistungen angerechnet werden. Nach der Auszahlung gab es für viele Betroffene jedoch ein böses Erwachen. Mit dem Solidaritätsbeitrag verfügten sie plötzlich über ein zu hohes Vermögen und mussten Kürzungen ihrer Ergänzungsleistungen hinnehmen.

Das darf nicht sein: «Der Solidaritätsbeitrag an ehemalige Verdingkinder und Administrativversorgte ist Teil der unglaublich wichtigen Rehabilitation dieser Menschen», sagt Paul Rechsteiner. «Ihnen widerfährt mit der

materiellen Wiedergutmachung ein Stück Gerechtigkeit. Umso wichtiger, dass dieser Beitrag bedingungslos und ohne Reduktion ausbezahlt wird.»

Die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats fordert den Bundesrat auf, Massnahmen gegen diese Kürzungspraxis zu ergreifen. Auch die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerats beschloss eine entsprechende parlamentarische Initiative. Die Vorlage soll von beiden Räten noch in diesem Jahr verabschiedet werden.

14 Wochen für die Betreuung von schwer kranken Kindern

Wenn es nach der ständerätlichen Kommission für Soziale Sicherheit und Gesundheit geht, dürfen Eltern von schwer kranken Kindern künftig 14 Wochen Urlaub beziehen, um sich um ihr Kind zu kümmern. Sie folgte damit dem Nationalrat. Dort hatte sich kurz vor Legislaturende vor allem Silvia Schenker für diese dringend notwendige Verbesserung eingesetzt und alle Hebel in Bewegung gesetzt. Finanziert wird der Urlaub, dessen Kosten der Bundesrat auf 75 Millionen Franken pro Jahr schätzt, über die Erwerbsersatzordnung.

Bundesrätlicher Richtungswechsel in Sachen Transparenz?

Neuerdings anerkennt der Bundesrat «das Bedürfnis nach mehr Transparenz». Das zumindest liess er nach seiner Sitzung zum Gegenvorschlag zur Transparenzinitiative am 6. November verlauten. 2018, als er die entsprechende Botschaft verabschiedete, tönte es noch ganz anders. Immerhin: ein Schritt in die richtige Richtung.

Kein digitaler Schweizer Pass von privaten Firmen!

Der Bundesrat und das Parlament wollen einen historischen Systemwechsel: Private Unternehmen sollen in Zukunft den digitalen Schweizer Pass (E-ID) ausstellen und sensible private Daten verwalten. An die Stelle des staatlichen Passbüros treten Grossbanken, Versicherungsgesellschaften und staatsnahe Konzerne. Eine Umfrage zeigt, dass über 80 % der Bevölkerung den digitalen Pass vom Staat beziehen wollen. Statt dem Wunsch der Bevölkerung Rechnung zu tragen, verabschiedete sich Bundesrat und Parlament mit der Privatisierung der E-ID von einer staatlichen Kernaufgabe. Dagegen ergreifen wir das Referendum! Hier kannst du unterschreiben: [e-id.spschweiz.ch](https://www.e-id.spschweiz.ch). Merci!



Wahlen 2019: Eine ers

DIE SCHWEIZ ERLEBT EINEN HISTORISCHEN LINKSRUTSCH, ABER DIE SP PROFITIERT NICHT DAVON. WAS IST DA PASSIERT?

Gut für das Land – weniger gut für die SP. So lässt sich das Wahlergebnis vom 20. Oktober zusammenfassen. Gut für das Land deshalb, weil das Parlament noch nie so links war. Im Nationalrat haben SP, Grüne und weitere Linke 69 Sitze inne, so viele wie noch nie. Zusammen mit der gestärkten Mitte ergibt das ganz neue Chancen für Mehrheiten. Dazu kommt, dass sich auch innerhalb der bürgerlichen Parteien die Gewichte nach links verschoben haben, was nicht zuletzt damit zu tun hat, dass auf bürgerlicher Seite so viele Frauen gewählt wurden wie noch nie. Denn auch das ist gut für das Land: Der Frauenanteil im Nationalrat steigt erstmals auf über 40 Prozent.

Weniger gut für die SP ist das Ergebnis, weil wir 2 Prozentpunkte und 4 Sitze im Nationalrat verloren haben. Die Schweiz erlebt einen historischen Linksrutsch und die SP profitiert nicht davon. Das muss uns zu denken geben. Und es verpflichtet uns dazu, das Wahlergebnis sorgfältig zu analysieren und offen

zu diskutieren. Die Gelegenheit dazu haben wir am 30. November an der Delegiertenversammlung in Bern.

Zu links, zu rechts, zu viele Frauen, zu viele Männer ...

Die bisher gehörten und gelesenen Erklärungsversuche überzeugen jedenfalls nicht. Sie reflektieren eher den politischen Standpunkt des Autors oder der Autorin, als dass sie auf Zahlen und Fakten beruhen würden. In der Romandie gilt die SP als zu rechts, in der Deutschschweiz als zu links. Für die Männer ist die SP mit fast zwei Drittel Frauen in der Fraktion zu weiblich, für die Frauen mit zwei Männern an der Spitze zu männlich. Für die einen haben wir zu wenig Klimapolitik gemacht, für die anderen zu viel – und für wieder andere schlicht die falsche Klimapolitik. Das Gleiche bei Europa: Was für die einen zu viel Europa ist, ist für die anderen zu wenig. Die Liste liesse sich fortsetzen ...

Halten wir uns also vorerst an die Fakten: Klar ist, dass die SP primär

Michael Sorg,
Co-Generalsekretär
der SP Schweiz

an die Grünen verloren hat und nur zu einem geringen Teil an die GLP. Das gilt selbst im Kanton Zürich, wie erste Auswertungen des Statistischen Amtes zeigen. Die Verluste an die Grünen haben gemäss den Nachwahlbefragungen von SRG und Tamedia zwei Ursachen:

■ Zum einen die klassischen Wechselwählenden, die diesmal eine grüne Liste eingelegt haben. Wir alle haben im Wahlkampf solche Gespräche erlebt: «Ich wähle sonst immer SP, aber diesmal wähle ich die Grünen, weil ich ein Zeichen für die Klimapolitik setzen will.»

«Viele Wechselwählende scheinen SP und Grüne als politisch austauschbar zu betrachten.»



Jonas Zürcher

STAND PUNKT

Michael Sorg,
Co-Generalsekretär
der SP Schweiz

Eine kleine Medienkritik

Im Wahlkampf sind sich die Parteien selten einig. Ausser, wenn es darum geht, über die Medien zu schimpfen. Dann bildet sich eine überparteiliche unheilige Allianz. Die Journalistinnen und Journalisten sind wahlweise parteiisch, voreingenommen, unfähig oder lästig. Aus Sicht der Parteien stellen die Medien die falschen Fragen zur falschen Zeit, halten sich zu wenig an die Parteilinie oder bevorzugen die politische Konkurrenz. Parteien und Medien eint darum eine Hassliebe: Miteinander geht nicht, ohne einander aber auch nicht.

Diese Medienkritik ist natürlich subjektiv und übertrieben. Und damit das auch wieder mal gesagt ist: Ohne freie Medien keine Demokratie, danke für eure Arbeit!

Trotzdem: 2023 sind wieder nationale Wahlen. Im Wissen darum, dass sich die Medienlandschaft bis dahin weiter wandelt, hier ein paar halb bis ganz ernst gemeinte Wünsche an die Adresse der mitlesenden Journalistinnen und Journalisten:

- **Hört auf mit den inflationären Rankings und Ratings! Damit wird eine Genauigkeit vorgegaukelt, die es nicht gibt.**
- **Macht Journalismus statt Datenspielereien! Menschen machen den Wahlkampf erst spannend, nicht die x-te Smartvote-Auswertung.**
- **Seit «Cambridge Analytica» wollen alle den grossen Facebook-Skandal in der Schweiz aufdecken. Ein für alle Mal: Diesen Skandal gibt es nicht! Daran ändern auch gefühlt zwei Dutzend Anfragen pro Woche nichts.**
- **Glaubt nicht, was euch die Bürgerlichen über ihr Wahlkampfbudget erzählen! Ein Blick auf die Menge an Inseraten und Plakaten zeigt, dass FDP und SVP unmöglich das kleinere Budget als die SP haben können.**
- **Getraut euch, eure eigenen Einschätzungen zu äussern, und delegiert diese Kernaufgabe nicht an PolitologInnen.**
- **Und verzichtet bitte auf den obligaten «Der flauste Wahlkampf aller Zeiten»-Kommentar kurz vor den Wahlen, nachdem ihr zuvor monatelang viele relevante Storys links liegen gelassen habt.**

■ Zum anderen – und das ist der Grund für den Absturz im Vergleich zu den kantonalen Wahlen und zu den Umfragen – spielte die Mobilisierung auf der Linken diesmal vor allem den Grünen in die Hände. Die SRG-Umfrage zeigt es deutlich: Bei den Erst- und Neuwählenden ging der Anteil der SP von rund 20 auf 12 Prozent zurück. Die Grünen hingegen verdoppelten ihren Anteil bei dieser Wählergruppe auf rund 20 Prozent.

Ebenfalls abgefragt wurden die Motive der Wechselwählenden. Im Gegensatz zu FDP und SVP wurde bei der SP «Enttäuschung über die Partei» nur selten als Grund genannt. «Dies deutet darauf hin, dass die Verluste der SP weniger mit einer generellen Krise der Partei zu tun haben als Ausdruck einer veränderten Prioritätensetzung eines Teils der linken Wählerschaft sind», heisst es dazu wörtlich in der Studie.

Austauschbar?

Nun ist genau dieser Befund aber trügerisch und gefährlich. Es wäre fatal zu glauben, die Wählerinnen und Wähler kämen «automatisch»

wieder zurück. Dies nur schon deshalb, weil der Klimawandel in vier Jahren sicher nicht gestoppt ist. Dass sich das unbefriedigende Wahlergebnis nicht an konkreten Positionen der SP festmachen lässt, erschwert die Suche nach Antworten. Und, besonders bedenklich: Viele Wechselwählende scheinen SP und Grüne als politisch austauschbar zu betrachten.

Wir müssen uns also darauf einstellen, dass sich die politischen Prioritäten eines wesentlichen Teils der linken Wählerschaft rasch und dauerhaft verändern. Darum stellt uns das Wahlergebnis vor die Grundsatzzfrage: Was muss die Sozialdemokratie bieten und liefern, damit sie für alle, denen eine soziale, gerechte und ökologische Schweiz am Herzen liegt, attraktiv und relevant bleibt? Spätestens bis in vier Jahren müssen wir Antworten haben.

Wer hat, dem wird gegeben Nein zum Steuerbonus für

DAS KINDERABZUG-TEUERGESCHENK DER RECHTEN BEGÜNSTIGT VOR ALLEM TOPVERDIENER. DIE SP HAT DARUM DAS REFERENDUM ERGRIFFEN. UND DIE SACHE IST DRINGEND: WIR MÜSSEN DIE 50 000 UNTERSCHRIFTEN NOCH VOR WEIHNACHTEN BEISAMMENHABEN.

Verfügst du über ein steuerbares Einkommen von 200 000 Franken und hast Kinder unter 18 Jahren? Gratuliere! Du erhältst einen Steuerbonus von 910 Franken im Jahr. Falls du nicht zu den Topverdienern zählst: Pech gehabt. Du wirst vom Steuergeschenk der Rechten kaum profitieren, darfst aber kräftig mithelfen, das Steuerloch zu stopfen.

Worum geht es? Bei der direkten Bundessteuer sollen die Kinderabzüge von 6500 auf 10 000 Franken erhöht werden. Das klingt gut – im ersten Moment. Doch wer genauer hinschaut, stellt rasch fest: Was als

Valentina Achermann,
Projektleiterin für das
Steuerbonus-Referendum

Familienförderung verkauft wird, entpuppt sich als Bonus für Gut-situierte. Vom Steuerbonus profitieren vor allem Eltern ab einem Einkommen von 150 000 Franken an aufwärts. Den grössten Abzug gibt es für Einkommen ab 300 000 Franken – für Topmanager, Chefärztinnen, Banker.

Asozial und ungerecht

Der unnötige Bonus für reiche Eltern kostet die Bundeskasse und damit die Allgemeinheit 350 Millionen Franken pro Jahr. Davon gehen 70 % an die rund 200 000 Haushalte mit den höchsten steuerbaren Einkom-

men. Das sind 5,8 % der Schweizer Haushalte.

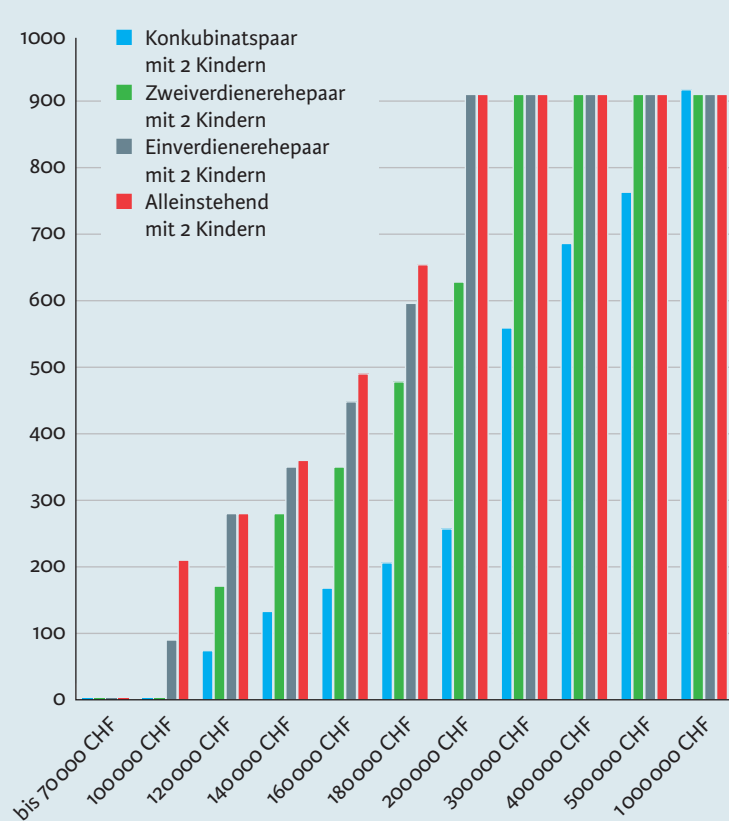
Diejenigen, die es nötig hätten, gehen leer aus. 45 % der Familien zahlen gar keine direkte Bundessteuer, weil sie nicht genug verdienen. Ihnen nützen höhere Abzüge gar nichts.

Nur ein Viertel der 350 Millionen Franken geht an Familien mit einem Einkommen von 100 000 bis 150 000 Franken. Sie bekommen wenig – maximal 300 Franken –, bezahlen aber die Zeche: Wenn Prämienverbilligungen gestrichen und Kita-Tarife erhöht werden, weil Steuereinnahmen fehlen, sind Mittelstandsfamilien als erste betroffen.

Fachkräftemangel

Wie konnte es überhaupt zu diesem asozialen Entscheid kommen?

Ein Steuerbonus für jene, die es nicht nötig haben



Lesebeispiel: Ein Zweiverdienerhepaar mit zwei Kindern und einem Einkommen von 120 000 Franken bezahlt jährlich 171 Franken weniger an Bundessteuern. Mit einem tieferen Einkommen profitiert die Familie gar nicht.



23. November
nationaler
Sammeltag

en: r reiche Eltern!

Ursprünglich wollte das Parlament die Steuerabzüge für die externe Kinderbetreuung erhöhen. Gut qualifizierte Mütter sollten einen Anreiz erhalten, wieder in den Arbeitsmarkt einzusteigen – Stichwort Fachkräftemangel. Indem das Parlament jedoch die Abzüge auf die familiäre Kinderbetreuung ausdehnte, wurde durch die Hintertür eine wesentliche Forderung der SVP-Familieninitiative hineingeschmuggelt. Diese Initiative scheiterte im November 2013 mit 58,5 % deutlich.

Wirksame Familienpolitik sieht anders aus: Wie zahlen wir die Krankenkassenprämien? Wo finden wir eine bezahlbare Wohnung? Hat es freie Kita-Plätze? Das sind die Probleme, die Familien wirklich beschäftigen.

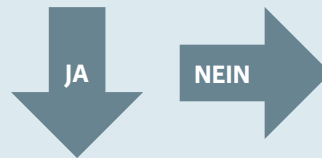
Bei dieser Vorlage profitieren die Reichen, und der Mittelstand wird zur Kasse gebeten. Darum haben wir das Referendum ergriffen. Wir sind dringend auf deine Unterschrift angewiesen, denn wir müssen die Unterschriften bis Mitte Dezember beisammenhaben. Über Weihnachten lassen sich auf den Gemeinden keine Unterschriften beglaubigen. Bitte unterschreibe darum jetzt die beiliegende Karte und schicke sie uns sofort zu. Ein grosses Dankeschön!

reichen-bonus-nein.ch



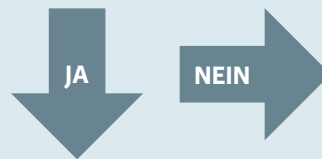
PROFITIERST DU VOM 350-MILLIONEN-STEUERBONUS?

1. HAST DU KINDER, DIE UNTER 18 ODER NOCH IN AUSBILDUNG SIND?



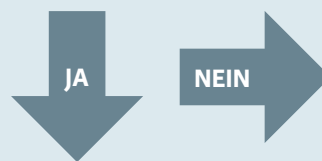
Schade, du gehörst zu den 70 %, die NICHT vom Steuerbonus profitieren.

2. BEZAHLST DU DIREKTE BUNDESSTEUERN?



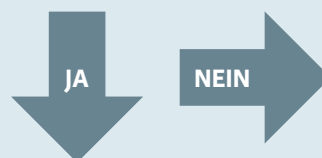
Wie 44 % der Familien mit unterstützungsberechtigten Kindern profitierst du NICHT vom Steuerbonus.

3. VERFÜGST DU ÜBER EIN STEUERBARES EINKOMMEN VON MEHR ALS 100 000 FRANKEN?



Nur gerade 30 % des 350-Millionen-Steuerbonus gehen an Familien mit einem Einkommen bis 100 000 Franken. Das sind im Schnitt 10 Franken pro Monat und Haushalt.

4. VERFÜGST DU ÜBER EIN STEUERBARES EINKOMMEN VON MEHR ALS 200 000 FRANKEN?



Pech gehabt! Erst ab einem steuerbaren Einkommen von 200 000 Franken kannst du den vollen Betrag abziehen und 910 Franken Steuern im Jahr sparen.

Gratuliere!
Du erhältst den höchstmöglichen Steuerbonus von 910 Franken im Jahr!

RECLAIM DEMOCRACY

KONGRESS
27. – 29. FEBRUAR 2020
ROTE FABRIK · ZÜRICH

SCHWERPUNKTTHEMEN:
DIGITALER KAPITALISMUS
UND SOZIALE KÄMPFE
WAHR SAGEN:
KRITISCHE ÖFFENTLICHKEIT
UND DEMOKRATIE
SYSTEM CHANGE,
NOT CLIMATE CHANGE

FÜNF PLENARVERANSTALTUNGEN UND 50 ATELIERS

mit Orhan Akman, Susan Boos,
Slave Cubela, Silke van Dyk,
Mark Eisenegger, Naomi Klein
(Video-Botschaft), Tetet Lauron,
Tadzio Müller, Oliver Nachtwey,
Melinda Nadj Abonji, Katarina Nocun,
Ivonne Yannez und vielen mehr

Dreitagespass jetzt online reservieren:
CHF 100.- / CHF 80.- für Denknetzmitglieder

WWW.RECLAIM-DEMOCRACY.ORG



Die Elternzeit – gleichberechtigt von Anfang an

Pia Engler,
Kantonsrätin,
Kriens



Die Elternzeit will die Eltern bei der Entwicklung der Beziehung zu ihrem Kind unterstützen, indem beide Elternteile 18 Wochen Elternurlaub erhalten. Elternzeit erhalten Mütter und Väter nach der Geburt oder Adoption eines Kindes. Auf nationaler Ebene blies dem Vaterschaftsurlaub von 4 Wochen ein harter Wind entgegen. Übrig geblieben ist ein Kompromiss von 2 Wochen. Familienpolitik sieht für die SP Luzern anders aus. Darum lancierte die Delegiertenversammlung vom 22. Oktober 2019 einstimmig die Elternzeit-Initiative. Die Initiative ist keine Konkurrenz zu einer nationalen Lösung. Im Gegenteil – wir wollen damit ein Zeichen setzen für eine zukunftsorientierte Familienpolitik.

Ähnliche Modelle wie die Elternzeit sind in verschiedenen OECD-Ländern verbreitet und es zeigt sich, dass sowohl die Familien als auch die Wirtschaft davon profitieren. Frauen und Männer haben den Anspruch, ihr individuelles Familienmodell leben zu können. Elternzeit ermöglicht eine gleichberechtigte Aufgabenteilung in der Haus- und Erziehungsarbeit. Traditionelle Rollenmuster können überdacht und hinterfragt werden. Sie unterstützt die Mütter dabei, den Anschluss an die Arbeitswelt zu behalten, und

Die Elternzeit gibt den Eltern in einer wichtigen Lebensphase Flexibilität und finanzielle Sicherheit.

der Wirtschaft bleiben so wichtige und gut ausgebildete Arbeitskräfte erhalten. Väter können eine Auszeit von der Arbeit nehmen und sich gleichberechtigt um ihren Nachwuchs kümmern.

Elternzeit wird über die Erwerbsersatzordnung (EO) durch Beiträge der Arbeitnehmenden und Arbeitgebenden finanziert. Die Erhöhung des EO-Abzugs bewegt sich im Promillebereich. Es ist eine einfache, solidarische Lösung, die sich bereits bei der Mutterschaftsversicherung und dem Militärdienst bewährt. Steuergelder werden dafür keine beansprucht.

Die Novartis kann für einmal eine Vorbildrolle beanspruchen. Sie beschert den Angestellten in der Schweiz ab dem 1. Juli 2019 einen garantierten 14-wöchigen Elternurlaub und macht vor, dass sich eine fortschrittliche Familienpolitik auch für Unternehmen lohnt. Die Elternzeit gibt den Eltern in einer wichtigen Lebensphase Flexibilität und finanzielle Sicherheit. Davon sollen nicht nur Angestellte einzelner Unternehmen, sondern alle im Kanton Luzern profitieren.

WAHLEN 2019

Im Wechselbad der Gefühle

Beginnen wir mit dem Positiven: Am 20. Oktober 2019 trug die politische Linke einen Wahlsieg davon, wie er in der Geschichte des Bundesstaates einzigartig ist.

Es ist uns gelungen, die Mehrheit von SVP und FDP im Nationalrat zu brechen. Allein schon die Sitzverluste dieser Parteien im Kanton Luzern hätten dafür gereicht. Nun verfügen die beiden Parteien im Nationalrat noch über 82 Mandate. So werden neue Allianzen für eine fortschrittlichere Politik möglich.

Die Linke kann an ihr Bestresultat aus dem Jahr 2003 anknüpfen. SP, Grüne und andere Linke verfügen über 69 Sitze im Nationalrat. Unser Parlament ist so links und so weiblich wie noch nie. Der Frauenanteil im Nationalrat stieg von 32 % auf 42 %. Darauf können wir stolz sein, die SP hat massgeblich zu diesem Resultat beigetragen und bleibt natürlich klar die stärkste und führende Kraft im linken Lager.

SP muss über die Bücher

Diese erfreuliche Entwicklung soll aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Gewinne der Grünen Partei auch auf Kosten der SP gingen. Grundsätzlich ist das kein neues Phänomen. In der Mehrheit der Wahlen seit den 80er-Jahren haben die Grünen gewonnen, wenn die SP verlor, und umgekehrt. 2019 haben die Grünen bedeutend mehr gewonnen, als die SP verlor. Nichtsdestotrotz erreichte die SP national mit 16,8% ihr schlechtestes Resultat seit Einführung des Proporzwahlrechtes 1919. Das muss uns zu denken geben.

Klar ist, dass sich die Diskussion um den Klimawandel seit den kantonalen Wahlen vom Frühjahr 2019 noch einmal intensiviert hat, was aus linker Sicht natürlich zu begrü-



Sebastian Dissler,
Wahlkampfleiter
und Parteisekretär

sen ist. Bereits damals beeinflusste diese weltweite und demokratische Bewegung die Schweizer Politik. Im Sommer 2018 begann Greta Thunberg Schulstreiks für das Klima. Im Dezember 2018 fanden in Zürich erste Demonstrationen von Schülerinnen und Schülern statt. Die kantonalen Wahlen vom März 2019 in Zürich, Baselland und Luzern standen bereits unter dem Eindruck dieser Entwicklung. Die Grünen gewannen überall stark hinzu. Die SP konnte nur in Luzern noch zulegen, in Baselland stagnierte sie und in Zürich verlor sie leicht.

Bei den nationalen Wahlen hat sich diese «Grüne Welle» nochmals akzentuiert. Dass viele Politikerinnen und Politiker der SP seit Jahren eine ausgezeichnete Klima- und Umweltpolitik betreiben, bisweilen sogar Grüne vor Auftritten coachten, und dass die SP als Ganzes den Grünen in diesen Fragen in keinsten Weise hinterherhinkt, ist für uns als interessierte SP-Basis klar. Wieso dies bei vielen Wählerinnen und Wählern zu wenig angekommen ist, werden wir in den kommenden Monaten analysieren müssen.

Starkes Resultat im Kanton Luzern

Im Kanton Luzern dürfen wir angesichts der grünen Erfolge zufrieden sein mit dem Ergebnis. Wir konnten unseren Wähler*innenanteil halten (-0,03%). Erneut haben wir einen Sitzgewinn im Nationalrat nur um einige hundert Listenstimmen verpasst. Im schweizweiten Vergleich standen wir aber gut da. Nur drei andere Kantonalparteien (VS, AG und SZ) haben keine Wähleranteile eingebüsst.

Im Rennen um die Ständeratssitze erreichte unser Kandidat knapp weniger Stimmen als die Kandidatin der Grünen Monique Frey. Auch

hier dürfte die Mobilisierungskraft der Grünen ausschlaggebend gewesen sein. Mit Ausnahme der Wahlen 2015 kamen unsere Kandidat*innen immer relativ knapp vor den Grünen zu liegen. Diesmal holten sie leicht mehr Stimmen als wir, wie schon bei den Regierungsratswahlen.

Grund für unser überdurchschnittliches Abschneiden in Luzern ist die ausserordentliche Leistung im Wahlkampf. Noch nie wurden so viele Plakate aufgestellt und Standaktionen durchgeführt wie diesen Herbst. 197 Mitglieder haben 6086 Menschen telefonisch ans Wählen erinnert. Das sind 63% mehr als noch 2015!

Wie geht es weiter?

Auf kantonalen Ebene werden wir das Resultat und unseren Wahlkampf sorgfältig evaluieren. Mit den Kandidat*innen und Sektionen werden wir die Ergebnisse besprechen und Lehren für die Zukunft ziehen. Auch auf nationaler Ebene hat die SP Schweiz ein entsprechendes Vorgehen angekündigt.

Ich plädiere dafür, zwei Punkte zu beachten:

1. Nehmt das Resultat nicht auf die leichte Schulter! Wir dürfen nicht glauben, dass 2023 automatisch wieder andere Themen dominieren und die SP wieder gewinnt. Wir müssen über die Bücher, die richtigen Schlüsse ziehen und aus unseren Fehlern lernen.
2. Nicht in Alarmismus verfallen oder pessimistisch werden! Wir können wieder auf die Siegerstrasse zurückkehren. Dafür müssen wir unsere positive Ausstrahlung und Zuversicht bewahren. Kein Mensch wählt eine Partei aus Mitleid, sonst wäre die BDP vermutlich erfolgreicher gewesen.



Nach den Wahlen – vor den Wahlen

FÜR DIE SP BASEL-STADT WAREN DIE NATIONALEN WAHLEN AUCH EIN AUFTAKT – IN EINEM JAHR FOLGEN DIE KANTONALEN WAHLEN. FÜR DIE SP BASELSTADT LAGEN SIE ZWISCHEN DEN LANDRATS- UND REGIERUNGSRATSWAHLEN VOM LETZTEN FRÜHJAHR UND DEN GEMEINDEWAHLEN IM KOMMENDEN FEBRUAR. GRUND GENUG FÜR DIE BEIDEN PARTEIPRÄSIDENTEN, EINE ZWISCHENBILANZ ZU ZIEHEN UND AUSBLICK ZU HALTEN.

BS: Noch rot-grüner, als man denkt
 Ein deutlicher Linksrutsch in Basel-Stadt: Gemeinsam erreicht die linke Listenverbindung 52,4%, im Vergleich zu 44,5% vier Jahre zuvor. Auch dank dem beeindruckenden Riesenengagement von unzähligen SP-Mitgliedern. Das bürgerliche Lager musste empfindliche Einbussen hinnehmen. Tanja Soland schaffte die Wahl in den Regierungsrat souverän im ersten Wahlgang. Die rot-grüne Politik wird von der Bevölkerung im Stadtkanton offensichtlich getragen.



Pascal Pfister, Grossrat, Präsident SP Basel-Stadt

Das verschafft uns eine gute Ausgangslage für die Gesamterneuerungswahlen 2020. Neben der Verteidigung der rot-grünen Regierungsmehrheit liegt auch im Parlament eine Mehrheit in Griffweite. Dafür werden wir uns mit allen Kräften einsetzen. Wir müssen weiter an unserem thematischen Profil arbeiten: beim Wohnen, in der Sozial- und Finanzpolitik und



Adil Koller, Landrat, Präsident SP Baselland

bei Klima und Energie. Die guten Wahlergebnisse sind ein Auftrag. Wir müssen weiterhin mit konkreten Massnahmen für die Menschen mit tiefen und mittleren Einkommen eintreten. Die grosse Mehrheit fährt mit unserer Politik besser. Damit machen wir den Menschen mit mittleren Einkommen ein Angebot, nicht nach unten zu treten, sondern solidarisch und selbstbewusst gegen oben auf ihren Rechten zu bestehen.

BL: Weniger bürgerlich, als man dachte

Auch im Baselbiet haben sich die Gewichte zwischen den politischen Lagern verschoben. Das linksgrüne Lager holte bei den Landratswahlen 38% und ist damit so stark wie noch nie, die SP ist wieder stärkste Baselbieter Partei. Bei den Nationalratswahlen gingen die starken Zugewinne der Grünen nicht auf Kosten der SP, was der grossartigen Mobili-

sierung in unserer Partei durch die vielen AktivistInnen der Basiskampagne zu verdanken ist. Äusserst bitter ist es, dass selbst diese Mobilisierung nicht dazu gereicht hat, Eric Nussbaumer bei der Wahl in den Ständerat in den zweiten Wahlgang zu bringen.

Auch wenn die beiden Blöcke nun etwa gleich stark sind, kommt es in den nächsten Wahlkämpfen nicht nur darauf an, wer die Mitte gewinnen kann. Entscheidend ist es primär, das eigene Lager zu mobilisieren. Das betrifft den zweiten Wahlgang für den Ständerat, wo es nun gilt, den Sitz im linken Lager zu halten. Es trifft aber noch mehr zu auf die Gemeindewahlen, die schon am 9. Februar 2020 anstehen.

Wir wollen mit klaren linken Positionen für bezahlbaren Wohnraum, für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, für eine konkrete kommunale Klimapolitik und gegen nicht durchdachte Steuersenkungen für Reiche und Unternehmen auftreten, welche den Gemeindefinanzen schaden. Neue Mehrheiten auf allen Ebenen ermöglichen uns, endlich wieder zu gestalten – für alle statt für wenige.

BUDGET 2020 DER STADT BERN

«Für anstehende Investitionen brauchen wir Überschüsse»

DIE STÄDTISCHE INFRASTRUKTUR SOLL GUT IM SCHUSS SEIN UND MIT DER WACHSENDEN BEVÖLKERUNG SCHRITT HALTEN. HOHE INVESTITIONEN WERDEN DIE FINANZEN DER STADT IN DEN KOMMENDEN JAHREN PRÄGEN. ZUR NACHHALTIGEN FINANZIERUNG SIND RECHNUNGSÜBERSCHÜSSE NÖTIG, SAGT DER STÄDTISCHE FINANZDIREKTOR MICHAEL AEBERSOLD IM INTERVIEW.

Andere Gemeinden schnüren Sparpakete oder erhöhen die Steuern. Wie ist die Finanzsituation der Stadt Bern?

Die Stadt steht finanziell gut da. Seit 2007 wurden – abgesehen vom Jahr 2008 – Rechnungsüberschüsse zwischen 12,1 und 67,3 Millionen Franken erzielt. Damit hat die Stadt einen Bilanzüberschuss von 104,3 Millionen Franken aufgebaut und Sonderfinanzierungen für Schulbauten (100 Mio. Franken) sowie für Eis- und Wasseranlagen (76 Mio. Franken) geäufnet. Gleichzeitig wurden die städtischen Leistungen für alle verbessert und viel in die Lebensqualität der Bevölkerung investiert. Insgesamt ein toller Leistungsausweis von RGM!

Das tönt nach einer komfortablen Lage für den Finanzdirektor. Kann diese Finanzpolitik einfach fortgesetzt werden oder gibt es eine spezielle Herausforderung?

Die Stadtfinanzen profitierten vom Bevölkerungswachstum. Allerdings ist dieses Wachstum nicht gratis zu haben, sondern braucht neue Infrastrukturen. Gleichzeitig dürfen wir bestehende städtische Infrastrukturen, Gebäude und Anlagen nicht verlottern lassen.

Hier wurde jahrelang zu wenig investiert. Bis 2027 dürften nun jährlich rund 130 Millionen Franken investiert werden – so viel wie noch nie.

Können so hohe Investitionen ohne neue Schulden getätigt werden?

Nein, ohne neue Schulden wird es nicht gehen. Die Stadt kann rund 80 Millionen Franken aus eigenen Mitteln finanzieren. Wenn wir pro Jahr 130 Millionen Franken investieren, müssen wir 50 Millionen Franken fremdfinanzieren.

Das ist zu viel, weil so die Schulden rasch nicht mehr in einem gesunden Verhältnis zum Stadthaushalt stehen würden.

Vertretbar ist ein jährliches Schuldenwachstum von maximal rund 30 Millionen Franken. So können wir den vom Stadtrat vorgegebenen maximalen Bruttoverschuldungsanteil (Bruttoschulden in Prozent des laufenden Ertrags) von 140 Prozent einhalten. Dazu müssen wir aber in den nächsten Jahren Überschüsse erwirtschaften.

Stadtwachstum bedeutet auch höhere Steuereinnahmen. Welche Entwicklung erwartet die Stadt 2020?

Die wirtschaftliche Entwicklung ist ungewiss und die Steuereinnahmen stagnieren beziehungsweise wachsen langsamer als in den Boomjahren.

Positiv wirkt sich ab 2020 die amtliche Neubewertung der Liegenschaften aus, welche aber noch beim Kanton hängig ist. Sie wird sowohl bei den Liegenschaftssteuern

BUDGET 2020

Das Produktegruppenbudget 2020 der Stadt Bern sieht bei unveränderter Steueranlage von 1,54 und einem Aufwand und Ertrag von je rund 1,3 Milliarden Franken einen Überschuss von 13,1 Millionen Franken vor. Der Ertragsüberschuss wird in die Spezialfinanzierung für Schulbauten eingelegt.

An ihrer Delegiertenversammlung vom 21. Oktober hat die SP Stadt Bern einstimmig die JA-Parole zum Budget 2020 beschlossen.

als auch bei den Vermögenssteuern für zusätzliche Erträge sorgen.

Wie werden sich die Stadtfinanzen mittelfristig entwickeln? Wagst du einen Blick in die Glaskugel?

Prognosen sind schwierig. Kein Unternehmen kann mir heute sagen, welcher Umsatz nächstes Jahr erwirtschaftet wird. Wir erhalten Signale, dass die wirtschaftliche Unsicherheit wächst. Bei der Budgetdebatte im Stadtrat habe ich für 2019 eine Gewinnwarnung abgeben müssen. Die aktuellen Hochrechnungen zeigen, dass wir das Budget 2019 bei den Einnahmen nicht erreichen werden. Als Finanzdirektor wird es meine Aufgabe sein, dafür zu sorgen, dass sich die Einnahmen und Ausgaben in den nächsten Jahren die Waage halten.

«Auf diesen Golfplatz werde ich nie gehen»

DER JURA TICKT EINEN TICK ANDERS. DAS ZEIGEN AUCH DIE WAHLRESULTATE. WAS BEWEGT ELISABETH BAUME-SCHNEIDER, DIE STÄNDERÄTIN, DIE DEN KANTON NEU IN BERN VERTRETEN WIRD?

Du bist mit einem Glanzresultat im ersten Wahlgang in den Ständerat gewählt worden. Im Kanton Jura hat die SP über 3 % vorwärts gemacht. Was macht ihr anders?

Elisabeth Baume-Schneider: Wir hatten einerseits ausgezeichnete Kandidatinnen und Kandidaten. Andererseits sind wir keine Listenverbindung mit den Christlich-Sozialen und mit den Grünen eingegangen. Mit den Grünen hätten gern zusammengearbeitet, aber nicht in einer grösseren Allianz. Wir wollten unsere Werte nicht verraten. In kunterbunten Allianzen wissen die Wählerinnen und Wähler gar nicht mehr, wofür sie jemanden wählen – und bleiben zuhause.

Gleichzeitig haben die Grünen auch im Jura 8 % vorwärts gemacht.

Das freut mich sehr! Die ökologischen Anliegen sind mir ausgesprochen wichtig und ich vertrete sie nahezu deckungsgleich mit den Grünen. Aber man muss auch darauf achten, dass die Wählerinnen und Wähler das Geld haben, biologische Lebensmittel zu kaufen, ein E-Auto zu fahren oder das Haus energetisch zu sanieren. Das geht viel zu häufig vergessen. Die Menschen müssen Arbeit haben, um die Krankenkassenprämien bezahlen zu können und die Miete. In der sozialen Frage und in der sozialen Gerechtigkeit liegen unsere Stärken, um verantwortungsbewusst Entscheidungen zu treffen.

Wo willst du in Bern als «Neue» Schwerpunkte setzen?

Die Gleichstellungspolitik ist mir sehr wichtig. Ich wurde eben gefragt, in welche Kommissionen ich gerne Einsitz nehmen würde. Mit meinem beruflichen Hintergrund interessiere ich mich für die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur oder Umwelt, Raumplanung und Energie oder noch Soziale Sicherheit und Gesundheit. Ich werde sehen, was ich schlussendlich zugeteilt bekomme.

Im Finanzausgleich wird der Jura als grösster Empfängeranton künftig 10 bis 15 Millionen Franken weniger bekommen.

Der Jura ist weniger finanzstark als andere Regionen. Der Kanton kann es sich beispiels-

weise nicht leisten, die energetische Sanierung von Gebäuden grosszügig zu subventionieren, wie es andere tun. Dabei wäre das ökologisch sehr wertvoll. In der Unterstützung solcher Anliegen braucht es darum ein Umdenken. Nach einer gründlichen Analyse wäre für den Jura ein «Aufholprogramm» denkbar, das vom Bund finanziert wird.

Wie wirst du das Mandat in Bern mit deinem Beruf unter einen Hut bringen?

Ich gehe im Dezember in die erste Session und werde dann zwischen Weihnachten und Neujahr schauen, wie ich mich am besten organisiere. Bis im Juni 2020 leite ich noch in einem 50 %-Pensum die Fachhochschule für soziale Arbeit und Gesundheit in Lausanne. Das wird sehr streng.

Hat dich die Jurafrage geprägt?

Anfang der 70er-Jahre kam ich gerade in die Primarschule. Aber ich erinnere mich natürlich genau an gewisse Situationen. Ich stamme aus einer berntreuen Bauernfamilie. Meine Grosseltern und meine Eltern sprachen Berndeutsch mit mir. Wenn wir im Dorfladen einkaufen gingen und mein Vater mir auf Schweizerdeutsch etwas sagte, wäre ich vor Scham am liebsten im Boden versunken und tat, als würde ich ihn nicht kennen. Als der Kanton Jura dann geschaffen wurde, fühlte sich mein Vater jedoch sehr rasch heimisch.

Was hat dich politisiert?

Meine Eltern waren Pächter und bewirtschafteten Land in Les Bois. Der Eigentümer machte daraus einen Golfplatz. Wir kämpften mit Herzblut und allen Mitteln dagegen an – und verloren. Nachher trat ich der SP bei. Ich wollte Nägel mit Köpfen machen. Der Golfplatz soll übrigens schön sein. Aber ich werde da nie hingehen.

Interview: Pia Wildberger



ZUR PERSON

Elisabeth Baume-Schneider, 55, war Grossrätin, Grossratspräsidentin und dreizehn Jahre lang Erziehungsdirektorin des Kantons Jura. Derzeit leitet die gelernte Sozialarbeiterin die Fachhochschule für soziale Arbeit und Gesundheit in Lausanne. Sie hat zwei erwachsene Söhne und ist mit Pierre-André Baume verheiratet, einem Fahrlehrer. In der Freizeit liest sie gerne, und im Winter fährt sie mit der Familie Ski.

Die neue Fraktion im

12 NEUE NATIONAL- UND STÄNDERÄTINNEN REISEN AM 2. DEZEMBER ZUM AUFTAKT DER WINTERSESSION ERSTMALS NACH BERN. INSGESAMT UMFASST DIE NEUE FRAKTION 44 MITGLIEDER, 18 MÄNNER UND 26 FRAUEN – STAND 11. NOVEMBER 2019. NOCH SIND DIE ZWEITEN WAHLGÄNGE FÜR DEN STÄNDERAT IN DEN KANTONEN TESSIN, BERN, SOLOTHURN UND ST. GALLEN OFFEN. DAFÜR WÜNSCHEN WIR DEN KANDIDIERENDEN VIEL GLÜCK!

NATIONALRAT



Yvonne Feri
bisher



Gabriela Suter
neu



Cédric Wermuth
bisher



Samira Marti
bisher



Eric Nussbaumer
bisher



Mustafa Atici
neu



Beat Jans
bisher



Matthias Aebischer
bisher



Tamara Funciello
neu



Nadine Masshardt
bisher



Flavia Wasserfallen
bisher



Valérie Piller Carrard
bisher



Ursula Schneider Schüttel
bisher



Christian Dandrès
neu



Laurence Fehlmann Rielle
bisher



Sandra Locher Benguerel
neu



Jon Pult
neu



Pierre-Alain Fridez
bisher



Prisca Birrer-Heimo
bisher



Baptiste Hurni
neu



Martina Munz
bisher



Franziska Roth
neu



Claudia Friedl
bisher



Barbara Gysi
bisher



Marina Carobbio
Guscetti – bisher

Parlament



Edith Graf-Litscher
bisher



Samuel Bendahan
bisher



Brigitte Crottaz
bisher



Pierre-Yves Maillard
neu



Ada Marra
bisher



Roger Nordmann
bisher



Mathias Reynard
bisher



Jacqueline Badran
bisher



Angelo Barrile
bisher



Min Li Marti
bisher



Mattea Meyer
bisher



Fabian Molina
bisher



Priska Seiler Graf
bisher



Céline Widmer
neu

STÄNDERAT



Eva Herzog
neu



Christian Levrat
bisher



Carlo Sommaruga
bisher



Elisabeth Baume-Schneider
neu



Daniel Jositsch
bisher

Politik als Risiko

Wer ein politisches Amt innehat, lebt mit dem Risiko, nicht wiedergewählt zu werden. Eine Abwahl trifft einen sehr hart, denn alle von uns setzen sich mit Leib und Seele für ihre Überzeugungen ein. Die äusseren Umstände oder die politische Grosswetterlage, die vielfach mitentscheidend sind, lassen sich kaum beeinflussen. Der Abschied von einigen Kollegen fällt uns darum schwer. Ein ganz grosses Dankeschön für euer enormes Engagement! Das Nationalratsmandat geht meistens zu Lasten der Tätigkeit im angestammten Beruf. Euch allen darum viel Erfolg und Befriedigung bei eurer Arbeit, und auch etwas mehr Zeit für euch selber und eure Familien! Von Roger Nordmann

Philipp Hadorn: ÖV als Mission

Der Solothurner SEV-Gewerkschafter Philipp Hadorn ist ein leidenschaftlicher Finanzpolitiker. Rasch nach seiner Wahl 2011 übernahm er die Leitung unserer Delegation in der Finanzkommission. Nach vier Jahren nahm er auch in der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen Einsitz, wo er sich auf den Ausbau der Bahn und auf den ÖV allgemein konzentrierte. Logischerweise war Philipp darum auch Mitglied der NEAT-Aufsichtsdelegation.



Thomas Hardegger: Lieber bodenständig als luftig

Thomas Hardegger wurde 2011 gewählt. Nach einem kurzen Abstecher in die Rechtskommission konnte Thomas bald in der Verkehrskommission Pflöcke einschlagen und sich umweltpolitisch engagieren. Die Bekämpfung des Fluglärms und die Verbesserung der internationalen Bahnverbindungen waren und bleiben seine prioritären Anliegen. Neben dem Amt als Gemeindepräsident engagierte er sich auch stark für die ökologische Gebäudesanierung – sicher eine Leidenschaft, für die er jetzt mehr Zeit aufbringen kann.



Martin Naef: Der Draht zu Europa

Martin Naef ist durch und durch Europäer. Zum Glück konnte er nach seiner Wahl 2011 in der Aussenpolitischen Kommission Einsitz nehmen. In Sachen Beziehung EU–Schweiz gab es immer etwas zu tun, im Angriff oder der Verteidigung. Als logische Folge seines Engagements wurde Martin Naef auch Co-Präsident der NEBS. Martin war ab Ende 2017 ein gefragtes Mitglied der Rechtskommission, wo er als Jurist mehrere komplexe Dossiers betreute. Er engagierte sich auch für die Beziehungen zum deutschen Bundestag.



Corrado Pardini: Mit Liebe für zarte Pflänzchen

Corrado Pardini rutschte 2010 nach und wurde im Parlament zur Speerspitze der Gewerkschaften. So verteidigte er immer wieder die Rechte der Arbeitnehmenden. Trotz – oder gerade wegen – seiner klaren Positionen war er immer bereit, mit der Gegenseite zu diskutieren und zu verhandeln. Abseits vom grossen Getöse, dem Corrado grundsätzlich nicht abgeneigt war, pflegte er auch zarte Blümchen: Etwa seine Leidenschaft für die berufliche Weiterbildung, die ihn in die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur führte.



Nicolas Rochat: No risk, no fun

Nachdem Rebecca Ruiz im März 2019 in den Waadtländer Regierungsrat gewählt worden war, stand Nicolas Rochat vor einer schwierigen Entscheidung: Entweder Grossratspräsident oder Nationalrat, im Wissen, dass die Bestätigung im Herbst kein Spaziergang sein würde. Nicolas entschied sich für die inhaltliche Arbeit im Nationalrat. Er legte einen fulminanten Start hin, was aber für die Wiederwahl leider nicht reichte.



Adrian Wüthrich: Kurze Amtszeit, grosse Wirkung

Trotz seiner nur anderthalbjährigen Amtszeit schaffte Adrian es, einen zweiwöchigen Vaterschaftsurlaub zu erkämpfen. Das ist eine Leistung, die sich sehen lassen kann. Die entsprechende Volksinitiative hatte er schon früher eingefädelt. Ansonsten engagierte sich Adrian als Präsident von Travail Suisse in erster Linie für die Arbeitnehmenden. In der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur war ihm die Berufsbildung immer ein Kernanliegen.



Aller Absc

Dreizehn Fraktionsmitglieder kandidierten nicht mehr für eine weitere Amtszeit. In der Herbstsession fiel mir die ehrenvolle Aufgabe zu, sie alle im Rahmen eines stimmungsvollen Abendessen zu würdigen und ihnen für ihr langjähriges Engagement zu danken. Die meisten dürften wohl mit einem lachenden und einem weinenden Auge der Zukunft entgegenblicken. Denn alle haben mit grosser Leidenschaft in Bern politisiert. Im Folgenden ein Auszug aus der Rede, die ich zu Ehren der dreizehn WeggefährterInnen hielt – jeweils mit einem charakteristischen Aspekt pro Person. Von Roger Nordmann

Auf das Konto der ehemaligen POCH-Nationalrätin **Anita Fetz** geht der erste Antrag zur Stilllegung eines AKW-Projekts – für einen symbolischen Franken. Blocher setzte sich dann jedoch mit 300 Millionen Franken Trostgeld für die Projektanten der Planungsruine Kaiseraugst durch.

Etwas teurer war **Jacques-André Maire**, der in einer seiner letzten Kommissionssitzungen eine Milliarde Franken für einen Eisenbahntunnel von Neuchâtel nach La Chaux-de-Fonds einbrachte und bis zur Schlussabstimmung lotste.

Für **Silva Semadeni** ist Geld dagegen zweitrangig. Dafür kämpfte sie für schöne Landschaften, in denen sich der Wolf grenzüberschreitend und europaweit bewegen kann. Auf ihrer nachparlamentarischen Abschlussliste gibt es noch etwas: das revidierte Jagdgesetz – peng!

Bea Heim wiederum stört sich nicht an Löchern. Ihre Liebe gilt jedoch nicht der Jagd, sondern dem Bohren sehr dicker Bretter. Und weil sie vor nichts zurückschreckt, ist sie meistens an mehreren Angriffsfrenten gleichzeitig tätig. Etwa, wenn es um ihr ureigenstes Anliegen geht, die Qualität in der Pflege.

In Sachen Qualität und Lebensqualität gilt **Claude Janiak** als Topexperte. Das verlieh ihm eine unvergleichliche Kraft, um die Interessen von Basel zu verteidigen. Ohne ihn wären die Entwicklung und die Verbesserung der Anbindung des Basler Rheinhafens längst bachab gegangen.

Mangels grösserer Gewässer im Kanton Jura interessierte sich **Claude Hêche** naturgemäss eher für andere Infrastrukturarten. Seine Leidenschaft galt der Bahnvernetzung des Kantons Jura, die er dank hervorragender politischer Vernetzung und

chied tut weh

Glaubwürdigkeit stärkte. Er geht als erster jurassischer Ständeratspräsident in die Geschichte ein.

Einem solchen Amt hingegen hätte **Manuel Tornare** nur untergeordnete Bedeutung zugewiesen. Von ihm stammt der Spruch «Maire un jour, Maire toujours». Genfer Stadtpräsident ist er immer ein bisschen geliebt, und er kämpfte wie ein Löwe für das internationale Genf.

Aus der urbanen Genfer Perspektive betrachtet, zeigte die Waadtländerin **Géraldine Savary** ein geradezu ländliches Naturell. Dabei verrät diese Aussage vor allem Genfer Besserwisserei. Ihr Kunststück bestand darin, alle Dimensionen der Kultur zu fördern – vom Präsidium der landwirtschaftlichen «Appellation d'origine contrôlée» über die Grundlagenforschung bis hin zu den «musiques actuelles».

Dass sich Urbanität auch sehr kreativ handhaben lässt, bewies die Stadtbaslerin **Silvia Schenker**. Nebenberuflich verteidigte sie die AHV und die Pflegeberufe, hauptberuflich war sie Rot-Blau-Live-Fan. Eine Leidenschaft, mit der sie nun ihre Enkelkinder anstecken kann.

Die Bernerin **Margret Kiener-Nellen** entwickelte während ihres Studiums in Genf eine künstlerische Sprachbegabung. Anders ist es nicht zu erklären, dass sie einer neudeutschen Wortschöpfung zu landesweiter Berühmtheit verhalf: Ohne sie wäre unser Wortschatz um den Begriff Kapitaleinlageprinzip ärmer ...

Die Sprache war auch **Didier Berberats** Lieblingswaffe. Viele spotteten über sein Nebenamt als Sahelbotschafter. Zu Unrecht. Seit er aufhörte, verschlechtert sich dort die Sicher-

heitslage laufend. Als Vertreter der Frankophonie zeigte er eindrücklich, dass es eher Diplomatie und Entwicklung denn Waffen braucht.

Geografisch grösser als Sahara und Sahel ist die Reichweite des Europarates. Wir sind sehr stolz auf dessen Präsidentin **Liliane Maury-Pasquier**. In einer Zeit, in der Menschenrechte und Menschenwürde immer wieder angegriffen werden, verteidigte Liliane diese Werte mit Bravour.

Die Menschenwürde war vom Anfang an die Hauptsorge von **Pascale Bruderer**. Sie kämpfte unermüdlich dafür, dass Menschen mit Behinderung nicht nur gut versorgt werden, sondern ein selbstbestimmtes, würdiges Leben führen können. Ein ur-eigenes sozialdemokratisches Anliegen und Engagement!



Im Uhrzeigersinn von oben links: Jacques-André Maire, Didier Berberat, Liliane Maury-Pasquier, Anita Fetz, Claude Janiak, Margret Kiener-Nellen, Bea Heim, Claude Hêche, Géraldine Savary, Silvia Schenker, Silva Semadeni, Manuel Tornare, Pascale Bruderer.



Lager ist, wenn Kinder freiwillig aufräumen

DAS SCHWEIZERISCHE ARBEITERHILFSWERK BIETET BENACHTEILIGTEN KINDERN DIE MÖGLICHKEIT, IN FERIENLAGERN AUS DEM ALLTAG AUSZUBRECHEN UND NEUES KENNENZULERNEN. JETZT LÄUFT DIE ANMELDEFRIST FÜR DIE SKILAGER.

Jedes Jahr im Februar herrscht auf dem Carparkplatz Sihlquai in Zürich ein fröhliches Durcheinander: Rund zwei Dutzend Kinder und die Leitungspersonen fahren ins Skilager. So auch im vergangenen Februar, als einige Kinder auf dem Parkplatz das Wiedersehen feierten – sie waren nicht zum ersten Mal dabei. Auf der Fahrt ins Bündnerland war die Stimmung ausgelassen, und zwei Stunden später, nach gefühlten 100 Kurven ab Chur, bezogen die kleinen Lara Guts und Marc Gisins das Haus im Dörfchen Tschierschen: Endlich Sonne und Schnee!

Ein bunter Haufen

Die sozialen und kulturellen Hintergründe der Kinder im Skilager des Schweizerischen Arbeiterhilfswerks (SAH) sind sehr unterschiedlich. Doch in den Lagern finden sie erfahrungsgemäss rasch zueinander, berichten die Leitungspersonen. Gestritten werde wenig, weil die Leiterinnen und Leiter Respekt vorleben und darauf achten, dass neben Bewegung und Aktivitäten auch Ruhezeiten ihren Platz haben.

Die Kinder helfen beim Abwasch, der Essenszubereitung und den Putzarbeiten im Haus mit. Viele melden sich freiwillig, um Gemüse zu rüsten, zu kochen oder aufzuräumen. In der Küche ist die Stimmung

Caroline Morel, Leiterin
Nationales Sekretariat SAH

Daniela Aeschlimann,
Projektleiterin
SAH-Kinderferienlager

Ab sofort ist es möglich, sich fürs Skilager vom 9. bis 15. Februar 2020 anzumelden: www.sah-schweiz.ch

jeweils besonders gut. Geschichten werden erzählt, es wird gesungen und gelacht.

Einmal Erster sein

Das Skifahren bietet den sportlichen Ausgleich zum «Leben in der Grossfamilie», wie eine der Leitungspersonen das Lagerleben nennt. Einige wagen sich dank dem SAH-Skilager zum ersten Mal im Stembogen einen Hügel runter, andere flitzen wir die Grossen zum Skilift – zum Beispiel der 10-jährige Botond: «Mir gefällt es besonders, wenn ich beim Skifahren zuvorderst fahren darf.»

Das Leitungsteam besteht aus fünf jungen Männern und Frauen sowie zwei Köchinnen, die professionell und freundschaftlich zusammenarbeiten. Sie bereiten das Wochenprogramm vor, überprüfen es regelmässig und passen es je nach Wetter oder den Bedürfnissen der Kinder an.

Glück im Schnee

Viel zu schnell geht die Woche vorbei. Beim Abschied fließen auch mal Tränen. «Zum Glück gibt es die Jugendskilager, dann kann ich das nächste Mal wieder dabei sein», tröstet sich die 12-jährige Suona. «Tschierschen, wir kommen wieder!»

TRADITIONELL BELIEBT: DIE SAH-KINDERFERIENLAGER

Die Ferienlager für Kinder und Jugendliche des Schweizerischen Arbeiterhilfswerks (SAH) haben ihren Ursprung in den Ferienkolonien der 1933 gegründeten «Arbeiter-Kinderhilfe». Diese organisierte Erholungsferien für Kinder von Arbeitslosen und versorgten sie mit Nahrungsmitteln und Kleidern. Auf dieser Grundlage gründete die SP zusammen mit dem Gewerkschaftsbund 1936 das Schweizerische Arbeiterhilfswerk. Bis heute haben die Kinderlager ihre grosse Bedeutung behalten.

Für Familien mit wenig Geld sind die SAH-Ferienlager eine wichtige Unterstützung. Heute sind es vor allem Familien, die Sozialhilfe beziehen, die von den SAH-Lagern profitieren. Für die Kinder bietet sich so oft die einzige Möglichkeit, in den Schulferien zu verreisen, aus dem Alltag auszubrechen und Neues kennenzulernen.

Derzeit organisiert das SAH ein Ski-, zwei Sommer- sowie zwei Herbstlager in der Deutsch- und Westschweiz. Über 120 Kinder und Jugendliche zwischen 8 bis 15 Jahren nehmen daran teil. Die Elternbeiträge orientieren sich am Einkommen und bewegen sich zwischen 110 und 430 Franken. Die Lager finanzieren sich hauptsächlich durch Spenden von Stiftungen und Privatpersonen.

MOVENDO

Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

Das Jahresprogramm von Movendo, dem Bildungsinstitut der Gewerkschaften, ist eben herausgekommen und steht zum Download bereit unter **movendo.ch**. SP-Mitglieder geniessen Vergünstigungen. Viel Spass beim Stöbern!

Die Kosten für mindestens eine Weiterbildung werden für Gewerkschaftsmitglieder von ihrer Gewerkschaft getragen. Mit deiner Anmeldung klären wir die Kostenfrage ab und informieren dich unverzüglich. SP-Mitglieder, die nicht Gewerkschaftsmitglied sind, profitieren vom reduzierten Tarif von Fr. 250.– statt Fr. 410.– resp. Fr. 300.– statt Fr. 450.– pro Kurstag. Weiter kann bei Simon Roth (SP Schweiz, simon.roth@spschweiz.ch) finanzielle Unterstützung beantragt werden.



AGENDA 2019/2020

16. NOVEMBER
Delegiertenversammlung SP Frauen*

17. NOVEMBER
Zweite Ständerats-Wahlgänge in Bern, Solothurn, St. Gallen und Tessin

29. NOVEMBER
Koordinationskonferenz in Bern

30. NOVEMBER
Delegiertenversammlung in Bern

9. FEBRUAR 2020
Abstimmung

3. APRIL 2020
Koordinationskonferenz in Basel

4./5. APRIL 2020
Parteitag in Basel

26. JUNI 2020
Koordinationskonferenz

27. JUNI 2020
Delegiertenversammlung

www.spschweiz.ch/agenda

SP-Mitglieder, Achtung!

**50 %
MITGLIEDER-
RABATT AUF
INSERATE
IM LINKS**

Ab sofort bis Mitte 2020

Kilian Gasser gibt Auskunft:

kg@kiliangasser.ch

041 871 24 46



LET'S GO!
MIT VOLLER KRAFT
IN DEN STÄNDERAT.



Was als Steuererleichterung für Familien verkauft wird, ist in Tat und Wahrheit ein Steuerbonus für reiche Eltern. Die grosse Bevölkerungsmehrheit profitiert überhaupt nicht. Darum:

UNTERSCHREIBT DAS REFERENDUM!

23. November
nationaler
Sammeltag

